

Die staatliche Parteienfinanzierung (Stand: 28. Januar 2008)

1. Grundlagen

Nach der Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zur staatlichen Parteienfinanzierung vom 9. April 1992 (Entscheidungen des BVerfG – BVerfGE - Bd. 85, S. 264 ff.) wurde diese vom Gesetzgeber im Parteiengesetz (PartG) mit Wirkung vom 1. Januar 1994 grundlegend neu geregelt.¹ Die bisherige Wahlkampfkostenerstattung für die einzelnen Wahlen auf Bundes- und Länderebene wurde abgelöst durch eine allgemeine jährliche staatliche Teilfinanzierung (Neufassung des PartG vom 31. Januar 1994, BGBl. I S. 149²). Durch das Achte Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes vom 28. Juni 2002 wurde das PartG erneut wesentlich geändert und nicht zuletzt die finanziellen und strafrechtlichen Sanktionen bei Verstößen gegen das PartG verschärft (BGBl. I S. 2268; Gesetzentwurf: Bundestagsdrucksache 14/8778³). Mit Ausnahme von Art. 3 („Drei-Länder-Quorum“) ist es mit Wirkung vom 1. Juli 2002 und 1. Januar 2003 in Kraft getreten. Mit dem Neunten Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes vom 22. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3673, Gesetzentwurf: Bundestagsdrucksache 15/4246) wurden einige Bestimmungen über die Rechnungslegung modifiziert und in Umsetzung des Urteils des BVerfG vom 26. Oktober 2004 (BVerfGE 111, S. 382 ff.) der vorgenannte Art. 3 vor dessen In-Kraft-Treten aufgehoben.

Gemäß § 18 Abs. 1 PartG erhalten die Parteien staatliche Mittel als Teilfinanzierung der allgemein ihnen nach dem Grundgesetz obliegenden und im PartG konkretisierten Tätigkeiten. Maßstab für die Verteilung dieser Mittel ist die Verwurzelung der Parteien in der Gesellschaft. Die Verwurzelung wird zum einen am Erfolg gemessen, den eine Partei bei der jeweils letzten Europa- und Bundestagswahl und den jeweils letzten Landtagswahlen erzielt hat, zum anderen am Umfang der Zuwendungen natürlicher Personen. Zuwendungen in diesem Sinne sind eingezahlte Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge sowie rechtmäßig erlangte Spenden (§ 18 Abs. 3 Nr. 3 PartG).

2. Anspruchsvoraussetzungen

Anspruch auf staatliche Teilfinanzierung haben gemäß § 18 Abs. 4 PartG grundsätzlich diejenigen Parteien, die nach dem endgültigen Wahlergebnis der jeweils letzten Europa- oder Bundestagswahl mindestens 0,5 % oder bei einer der jeweils letzten Landtagswahlen 1 % der abgegebenen gültigen Stimmen für ihre Listen erreicht haben. Fusionieren Parteien (vgl. § 9 Abs. 3 PartG), werden ihre vorher erzielten Stimmenergebnisse nur dann addiert, wenn diese jeweils als solche das erforderliche Stimmenquorum von 1 % bzw. von 0,5 % erreicht haben.

¹ Das PartG ist im Internet zu finden unter: <http://www.bundestag.de/parlament/funktion/gesetze/pg_pdf.pdf>.

² Die Ausgaben des BGBl. sind online verfügbar unter: <<http://www.bundesgesetzblatt.de>>.

³ Der Internetpfad für die Suche nach Bundestagsdrucksachen ist: <<http://dip.bundestag.de>>.

Ist eine Liste für die Partei nicht zugelassen, entsteht gemäß § 18 Abs. 4 PartG ein Anspruch, wenn die Partei 10 % der in einem Wahl- oder Stimmkreis abgegebenen gültigen Erststimmen erreicht hat.

Weitere Anspruchsvoraussetzungen sind die Vorlage des jeweils letztfälligen den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Rechenschaftsberichts (§ 19a Abs. 1 und 3 PartG) und – für nicht bereits im Vorjahr anspruchsberechtigte Parteien – ein schriftlicher Antrag auf Festsetzung und Auszahlung der staatlichen Mittel (§ 19 Abs. 1 PartG).

Löst sich eine Partei auf oder wird sie verboten, scheidet sie ab dem Zeitpunkt der Auflösung aus der staatlichen Finanzierung aus (§ 18 Abs. 8 PartG).

3. Anspruchsumfang

Für jede anspruchsberechtigte Partei wird gemäß § 18 Abs. 3 PartG jährlich für die bei den jeweils letzten Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen insgesamt erzielten gültigen Stimmen bis zu einer Gesamtzahl von 4 Mio. Stimmen ein Betrag von 0,85 € sowie für darüber hinaus erzielte Stimmen 0,70 € je Stimme in Ansatz gebracht („Wählerstimmenanteil“). Die Wählerverwurzelung der Parteien wird damit vom Staat in unterschiedlicher Höhe honoriert.

Für die von natürlichen Personen gewährten Zuwendungen wird gemäß § 18 Abs. 3 Nr. 3 PartG bis zu einer Gesamthöhe von 3.300 € je Person und Jahr ein Betrag von 0,38 € je Euro angesetzt („Zuwendungsanteil“). Den jeweiligen Gesamtbetrag der der Berechnung des Zuwendungsanteils zugrunde zu legenden Zuwendungen weisen die Parteien in ihrem von einem Wirtschaftsprüfer testierten Rechenschaftsbericht für das dem Anspruchsjahr vorangegangene Jahr gemäß § 24 Abs. 8 PartG aus. Zuwendungen natürlicher Personen über den berücksichtigungsfähigen Betrag von 3.300 € hinaus sind ebenso wie Zuwendungen von juristischen Personen grundsätzlich zulässig. Sie bleiben aber bei der Berechnung des Zuwendungsanteils außer Betracht und werden nur bei der Ermittlung der relativen Obergrenze (siehe nachfolgend Nr. 4) berücksichtigt.

4. Obergrenzen

Die Summe der jährlichen staatlichen Finanzierung aller Parteien darf gemäß § 18 Abs. 2 PartG eine „absolute Obergrenze“ nicht überschreiten. Von 1994 bis 1997 entsprach sie nach der Vorgabe des eingangs genannten BVerfG-Urteils vom 9. April 1992 und nach den entsprechenden Empfehlungen der vom damaligen Bundespräsidenten einberufenen unabhängigen Kommission zur Parteienfinanzierung (vgl. § 18 Abs. 7 PartG) dem Umfang der bisherigen staatlichen Parteienfinanzierung, nämlich 230 Mio. DM (vgl. Bundestagsdrucksache 12/4425, S. 74). Nach einer die Geldwertentwicklung berücksichtigenden Anhe-

bung dieser Grenze auf 245 Mio. DM für die Jahre 1998 bis 2001 ist die jährliche absolute Obergrenze ab dem Jahr 2002 auf 133 Mio. € festgesetzt worden (§ 18 Abs. 2 PartG).

Die oben unter Nr. 3 dargestellte Berechnung des Anspruchsumfangs führt regelmäßig zu einem die absolute Obergrenze übersteigenden Betrag, so dass gemäß § 19a Abs. 5 Satz 2 PartG eine proportionale Kürzung der jeweiligen staatlichen Mittel aller anspruchsberechtigten Parteien erforderlich wird. Das hat zur Folge, dass die Parteien tatsächlich nicht die in § 18 Abs. 3 PartG genannten Beträge je Wählerstimme und zugewendeten Euro erhalten, sondern entsprechend gekürzte Beträge.

Wegen des aus Art. 21 Abs. 1 Grundgesetz (GG) abgeleiteten Verbots einer überwiegenden staatlichen Parteienfinanzierung darf gemäß § 18 Abs. 5 Satz 1 PartG die staatliche Finanzierung bei den einzelnen Parteien die Summe ihrer jährlich selbst erwirtschafteten Einnahmen nicht überschreiten („relative Obergrenze“). Ist letztere niedriger, beschränkt sich die staatliche Teilfinanzierung der betreffenden Partei auf die Summe dieser Eigeneinnahmen.

5. Festsetzung und Auszahlung

Gemäß § 19a Abs. 1 PartG legt der Präsident des Deutschen Bundestages im Rahmen der ihm durch das PartG übertragenen Exekutivaufgaben einer mittelverwaltenden Behörde jährlich zum 15. Februar die Höhe der staatlichen Mittel der anspruchsberechtigten Parteien für das vorangegangene Jahr (Anspruchsjahr) fest. Das gilt auch für den Fall, dass eine Partei nur einen anteiligen Anspruch hat, weil sie sich während des Anspruchsjahres aufgelöst hat. (s. o. Nr. 2 letzter Absatz und § 18 Abs. 8 PartG). Die für die Festsetzung zu berücksichtigenden Rechenschaftsberichte für das dem Anspruchsjahr vorausgehende Rechenschaftsjahr haben die Parteien bis zum 30. September des Anspruchsjahres beim Präsidenten des Deutschen Bundestages einzureichen. Dieser kann gemäß § 19a Abs. 3 Satz 2 PartG die Abgabefrist um bis zu 3 Monate verlängern. Reicht eine Partei ihren Rechenschaftsbericht nicht fristgerecht ein, verliert sie gemäß § 19a Abs. 3 Satz 3 PartG den Anspruch auf den Zuwendungsanteil. Hat eine Partei ihren Rechenschaftsbericht auch nicht bis zum 31. Dezember des dem Anspruchsjahr folgenden Jahres (Festsetzungsjahr) eingereicht, verliert sie zudem auch den Anspruch auf den Wählerstimmenanteil und damit den gesamten Anspruch auf die staatliche Teilfinanzierung für das Anspruchsjahr. Die Fristen werden gemäß § 19a Abs. 3 Satz 5 PartG nur dann gewahrt, wenn der Rechenschaftsbericht der in § 24 PartG vorgegebenen Gliederung entspricht und den Prüfungsvermerk gemäß § 30 Abs. 2 PartG trägt.

Die Auszahlung der errechneten Mittel erfolgt an die Landes- und Bundesverbände der Parteien. Die Landesverbände erhalten von den auf die Gesamtpartei entfallenden staatlichen Mitteln einen Betrag in Höhe von 0,50 € für jede für die Partei bei der letzten Landtagswahl abgegebene Stimme (§ 19a Abs. 6 PartG) und zwar grundsätzlich unabhängig von der Kürzung auf die absolute und relative Obergrenze einerseits und von dem erhöhten Rechnungsansatz für die ersten 4 Mio. Stimmen andererseits; beides wirkt sich in der Regel nur auf Bundesebene aus. Die hiernach auf die Landesverbände der Parteien entfallenden Beträge teilt der Präsident des Deutschen Bundestages den Präsidentinnen und Präsidenten der Landesparlamente, die für die Mittelverwaltung auf Landesebene zuständig sind, verbindlich mit (§ 21 Abs. 1 Satz 2 PartG). Die Auszahlung der übrigen staatlichen Mittel erfolgt durch den Bund an den Bundesverband, bei Landesparteien an den Landesverband (§ 21 Abs. 1 PartG). Die vom Bund zu zahlenden Gelder sind im Bundeshaushalt (Einzelplan 60 [Allgemeine Finanzverwaltung], Kapitel 6002 [Allgemeine Bewilligungen], Titel 684 03⁴) eingestellt.

6. Abschlagszahlung

Die Parteien, für die im Festsetzungsjahr Mittel für das Vorjahr festgesetzt worden sind, haben ohne weiteren Antrag Anspruch auf Abschlagszahlungen jeweils zur Mitte der vier Quartale des Festsetzungsjahres in Höhe von höchstens 25 % des für das Vorjahr festgesetzten Betrages. Liegen Anhaltspunkte dafür vor, dass es bei der nächsten Festsetzung zu einer Rückzahlungsverpflichtung kommen könnte, kann die Gewährung der Abschlagszahlungen von einer Sicherheitsleistung abhängig gemacht werden (§ 20 Abs. 1 PartG). Die Abschlagszahlungen werden bei der Festsetzung zum 15. Februar des jeweiligen Folgejahres verrechnet. Überzahlungen sind unverzüglich zurückzuzahlen (§ 20 Abs. 2 PartG).

7. Mittelbare Parteienfinanzierung – steuerliche Privilegierung von Zuwendungen

Neben der unmittelbaren staatlichen Finanzierung der Parteien besteht auch eine mittelbare Finanzierung durch die Befreiung der Parteien unter anderem von der Erbschafts- und Schenkungsteuer (§ 13 Abs. 1 Nr. 18 ErbStG⁵) und durch die Möglichkeit für natürliche Personen, Zuwendungen (eingezahlte Mitglieds- oder Mandatsträgerbeiträge und zulässige Spenden) an die Parteien steuerlich abzusetzen. Letzteres gilt für Zuwendungen bis insgesamt 3.300 € bei steuerlicher Zusammenveranlagung bis insgesamt 6.600 € jährlich (§ 10b Abs. 2, § 34g Satz 2 EStG⁶). Zuwendungen darüber hinaus bleiben zulässig, sind jedoch wie die zulässigen Spenden juristischer Personen steuerlich nicht abzugsfähig.

⁴ Der Einzelplan 60 des Bundeshaushaltplans kann aufgerufen werden unter:

<<http://www.bundesfinanzministerium.de/bundeshaushalt2007/pdf/2006/epl60.pdf>>.

⁵ Der Internetpfad für das ErbStG ist: <http://www.gesetze-im-internet.de/erbstg_1974/index.html>.

⁶ Das EStG findet sich im Internet unter: <<http://www.gesetze-im-internet.de/estg/index.html>>.

8. Rechenschaftsbericht der Parteien

Über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen müssen alle Parteien unabhängig davon, ob sie Anspruch auf eine direkte staatliche Finanzierung haben, gemäß Art. 21 Abs. 1 Satz 4 GG und §§ 23 ff. PartG in einem nach Gesamtpartei, Bundesverband, Landesverbänden und nachgeordneten Gebietsverbänden gegliederten Rechenschaftsbericht Rechnung legen. Der Umfang und die Gliederung des Rechenschaftsberichts sind gesetzlich vorgegeben (vgl. § 24 PartG); der Vermögensbilanz ist ein bestimmten Mindestanforderungen genügender Erläuterungsteil hinzuzufügen (§ 24 Abs. 7 PartG). Der Rechenschaftsbericht ist in der Regel von einer unabhängigen Stelle zu prüfen (Wirtschaftsprüfer, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, ausnahmsweise auch Buchprüfer bzw. Buchprüfungsgesellschaft) und mit dem entsprechenden Prüfungsvermerk beim Präsidenten des Deutschen Bundestages einzureichen, der ihn als Bundestagsdrucksache veröffentlicht (§ 23 Abs. 2 PartG). Verfügt eine nicht anspruchsberechtigte Partei weder über Einnahmen noch über ein Vermögen von mehr als 5.000 € kann auch ein untestierter Rechenschaftsbericht veröffentlicht werden (§ 23 Abs. 2 Satz 4 und 5 PartG). Gemäß § 23a PartG hat zusätzlich auch der Präsident des Deutschen Bundestages zu prüfen, ob der Rechenschaftsbericht den Vorschriften des Fünften Abschnittes des PartG entspricht. Liegen konkrete Anhaltspunkte dafür vor, dass im Rechenschaftsbericht einer Partei enthaltene Angaben unrichtig sind, hat die Bundestagsverwaltung den Sachverhalt in einem besonders geregelten Verfahren – ggf. unter Hinzuziehung von unabhängigen Wirtschaftsprüfern – aufzuklären. In diesem Fall dürfen staatliche Mittel nur vorläufig festgesetzt und gegen Sicherheitsleistung in Höhe der möglichen Zahlungsverpflichtung der Partei (§§ 31a bis 31c PartG, vgl. dazu nachfolgend Nr. 9.1 bis 9.3) ausbezahlt werden (§ 19a Abs. 1 Satz 3 PartG). Das Ergebnis der Prüfung wird in den Bericht über die Rechenschaftsberichte der Parteien aufgenommen, der ebenfalls als Bundestagsdrucksache veröffentlicht wird (§ 23 Abs. 3 PartG). Ein Fundstellenverzeichnis nebst Internet-Quellenhinweis über die bisher veröffentlichten Rechenschaftsberichte und die Berichte des Präsidenten des Deutschen Bundestages über diese Rechenschaftsberichte ist der ANLAGE 1 zu entnehmen.

9. Verwaltungsverfahren bei unrichtigen Rechenschaftsberichten und sonstigen Verstößen gegen das Parteiengesetz sowie Strafvorschriften

9.1 Unrichtiger Zuwendungsausweis gemäß § 24 Abs. 8 PartG (§ 31a PartG)

Ist der der Berechnung der staatlichen Finanzierung zugrunde zu legende Zuwendungsausweis des Rechenschaftsberichts unrichtig und sind dadurch der Partei überhöhte staatliche Mittel gewährt worden, wird die entsprechend unrichtige Festsetzung zurückgenommen sowie der überhöhte Betrag zurückgefordert und gegebenenfalls mit den nächstfälligen Zahlungen verrechnet. Die Festsetzungen und Zahlungen an die übrigen Parteien bleiben unverändert (§ 31a Abs. 4 PartG).

Korrigiert die Partei die unrichtigen Zuwendungsangabe früherer Jahre durch entsprechend geringere Angabe im nächstfälligen Rechenschaftsbericht, wird die jeweils unrichtige Festsetzung nicht zurückgenommen (§ 31a Abs. 1 Satz 2 PartG). Vielmehr werden für die Partei im Folgejahr entsprechend niedrigere Mittel festgesetzt, was sich insoweit wegen der systemimmanent notwendigen Kürzungen auf die absolute Obergrenze (vgl. oben Nr. 4) zugunsten der übrigen dann anspruchsberechtigten Parteien auswirkt.

9.2 Sanktionen bei Unrichtigkeiten des Rechenschaftsberichts (§ 31b PartG)

Werden bei der Prüfung des Rechenschaftsberichts gemäß § 23a PartG (vgl. oben Nr. 8) Unrichtigkeiten festgestellt und liegt kein Fall eines in § 31c Abs. 1 Satz 2 PartG normierten Verstoßes gegen die Publizitätspflicht betreffend Großspenden vor (vgl. dazu nachfolgend Nr. 9.3), entsteht gegen die Partei ein Anspruch in Höhe des Zweifachen des den unrichtigen Angaben entsprechenden Betrages. Betreffen die Unrichtigkeiten das Haus- und Grundvermögen oder Beteiligungen an Unternehmen in der Vermögensbilanz oder im dazu gehörenden Erläuterungsteil, beträgt der Anspruch 10 % des nicht aufgeführten oder der unrichtig angegebenen Vermögenswerte. Dieser Rechtsfolge unterliegen die Parteien nicht, wenn sie die Unrichtigkeit unverzüglich dem Präsidenten des Deutschen Bundestages schriftlich zu einem Zeitpunkt angezeigt haben, in dem konkrete Anhaltspunkte für diese unrichtigen Angaben weder öffentlich noch dem Präsidenten des Deutschen Bundestages noch in einem anderen amtlichen Verfahren bekannt waren, und die Partei den Sachverhalt umfassend offenlegt und korrigiert (§ 23b PartG).

9.3 Verletzung der Publizitätspflicht bezüglich Großspenden im Rechenschaftsbericht (§ 31c Abs. 1 Satz 2 PartG)

Hat eine Partei entgegen der Publizitätspflicht gemäß § 25 Abs. 3 PartG Spenden und Mandatsträgerbeiträge, deren Gesamtwert in einem Kalenderjahr 10.000 € übersteigen, nicht unter Angabe des Namens oder der Anschrift des Zuwenders sowie der Gesamthöhe der Zuwendung im Rechenschaftsbericht verzeichnet, entsteht gegen sie ein Anspruch in Höhe des Zweifachen des nicht veröffentlichten Betrages.

Eine Partei unterliegt diesen Rechtsfolgen nicht, wenn sie den Publizitätsverstoß unter denselben Voraussetzungen, wie vorstehend unter Nr. 9.2 dargestellt, anzeigt.

Gemäß § 25 Abs. 3 PartG sind Spenden an die Gesamtpartei, die im Einzelfall die Höhe von 50.000 € übersteigen, dem Präsidenten des Deutschen Bundestages unverzüglich und unabhängig von der späteren Rechnungslegung anzuzeigen, um sie unter Angabe des Zuwenders zeitnah in einer gesonderten Bundestagsdrucksache veröffentlichen zu können (vgl. das Fundstellenverzeichnis über die zeitnahe Veröffentlichung von Spenden, die im Einzelfall die Höhe von 50.000 € übersteigen, ANLAGE 2). Verstößt die Partei gegen diese Anzeigepflicht, sieht das Gesetz keine Rechtsfolgen vor.

9.4 Rechtswidrig erlangte Spenden (§ 31c Abs. 1 Satz 1 PartG)

Gemäß § 25 Abs. 1 Satz 2 PartG sind die Parteien berechtigt, Barspenden nur bis zu einem Betrag von 1.000 € anzunehmen. Ein Verstoß gegen diese Norm löst zwar keine Sanktion gemäß § 31c PartG in Höhe des Dreifachen des Betrages der unzulässigen Spende aus (vgl. dazu den nachfolgenden Absatz), da sich deren Anwendungsbereich ausdrücklich auf die Fälle der gemäß Absatz 2 unzulässigen Spenden beschränkt; er führt aber dazu, dass solche Spenden gleichwohl nicht rechtmäßig erlangt sind. Sie dürfen daher bei der Berechnung der staatlichen Teilfinanzierung gemäß § 18 Abs. 3 Nr. 3 PartG nicht als Zuwendungen berücksichtigt werden, da hierzu u. a. nur „rechtmäßig erlangte“ Spenden zählen. Entsprechend dürfen solche Spenden auch nicht in dem dieser Berechnung zugrunde zu legenden Zuwendungsausweis im Rechenschaftsbericht gemäß § 24 Abs. 8 PartG ausgewiesen werden. Geschieht dies dennoch, ist der Rechenschaftsbericht unrichtig mit den sich aus § 31a und § 31b PartG ergebenden Rechtsfolgen (vgl. oben Nr. 9.1 und 9.2).

Hat eine Partei gemäß § 25 Abs. 2 PartG unzulässige Spenden, weil z. B. deren Spender nicht feststellbar sind oder die Spenden erkennbar in Erwartung oder als Gegenleistung eines bestimmten wirtschaftlichen oder politischen Vorteils gewährt werden oder die Spenden von öffentlich-rechtlichen Körperschaften oder von Unternehmen mit mindestens 25 % Beteiligung der öffentlichen Hand stammen, angenommen und nicht gemäß § 25 Abs. 4 PartG unverzüglich an den Präsidenten des Deutschen Bundestages weitergeleitet, entsteht gegen sie ein Anspruch in Höhe des Dreifachen des rechtswidrig erlangten Betrages (§ 31c Abs. 1 Satz 1 PartG).

Der Verstoß gegen das Verbot in § 25 Abs. 2 PartG, unzulässige Spenden anzunehmen, und gegen das Gebot, solche angenommenen Spenden unverzüglich gemäß § 25 Abs. 4 PartG weiterzuleiten, steht in keinem Zusammenhang mit der Rechnungslegung gemäß §§ 23 ff. PartG. Die in § 23b PartG normierte sanktionsbefreiende Selbstanzeige bezieht sich dementsprechend nur auf Unrichtigkeiten im Rechenschaftsbericht, nicht aber auf die rechtswidrige Annahme unzulässiger Spenden.

9.5 *Strafvorschriften (§ 31d PartG)*

Wer in der Absicht, die Herkunft oder die Verwendung der Parteimittel oder ihres Vermögens zu verschleiern oder die öffentliche Rechenschaftslegung zu umgehen, unrichtige Angaben über die Einnahmen oder über das Vermögen der Partei in einem eingereichten Rechenschaftsbericht bewirkt oder einen unrichtigen Rechenschaftsbericht einreicht oder als Empfänger einer Spende diese in Teilbeträge zerlegt und verbucht oder verbuchen lässt oder entgegen der im § 25 Abs. 1 Satz 3 PartG normierten Pflicht eine Spende nicht unverzüglich an ein für Finanzangelegenheiten von der Partei satzungsmäßig bestimmtes Vorstandsmitglied weiterleitet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Das gilt nicht, wenn die betreffende Person beim Präsidenten des Deutschen Bundestages schriftlich zu einem Zeitpunkt eine Selbstanzeige erstattet, zu dem weder konkrete Anhaltspunkte für die Tathandlung öffentlich oder dem Präsidenten des Deutschen Bundestages oder anderen verfahrenszuständigen Amtsträgern bekannt waren und der Täter den Sachverhalt umfassend offenlegt und korrigiert (§ 31d Abs. 1 PartG).

Ebenso wird bestraft – hier ohne die Möglichkeit einer strafbefreienden Selbstanzeige –, wer als Prüfer oder Gehilfe eines Prüfers über das Ergebnis der Prüfung eines Rechenschaftsberichts unrichtig berichtet, im Prüfungsbericht erhebliche Umstände verschweigt oder einen inhaltlich unrichtigen Bestätigungsvermerk erteilt. Handelt der Täter gegen Entgelt oder in der Absicht, sich oder einen anderen zu bereichern oder einen anderen zu schädigen, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder Geldstrafe (§ 31d Abs. 2 PartG).

Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen kann die Angabe falscher Rechenschaftsberichte darüber hinaus eine Strafbarkeit nach dem Strafgesetzbuch, insbesondere nach § 263 StGB⁷ (Betrug) oder § 266 StGB (Untreue), begründen.

Quelle: Deutscher Bundestag, Verwaltung, Referat PM 3 (Parteienfinanzierung, Landesparlamente)

⁷ Das StGB lässt sich unter der Adresse <<http://www.gesetze-im-internet.de/stgb/index.html>> aufrufen.

**Fundstellenverzeichnis
der Rechenschaftsberichte nach dem Parteiengesetz seit 1968
und der Berichte über diese Rechenschaftsberichte gemäß § 23 Abs. 4 PartG
(Stand: Januar 2008)**

| Jahr | Rechenschaftsberichte | | | | Berichte über die Rechenschaftsberichte |
|------|-----------------------|------------|-------------------|------------|--|
| | Bundestags-Parteien | | Sonstige Parteien | | |
| | Bundesanzeiger | | Bundesanzeiger | | |
| | Nr. | Datum | Nr. | Datum | Nr. |
| 1968 | 196 | 21.10.1969 | 196 | 21.09.1968 | Die Berichtspflicht des Präsidenten des Deutschen Bundestages über die Rechenschaftsberichte der Parteien besteht ab 01.01.1984 (vgl. Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes vom 22.12.1983, BGBl. I S. 1577). |
| | | | 230 | 10.12.1970 | |
| 1969 | 230 | 10.12.1970 | 230 | 10.12.1970 | |
| | | | 232 | 14.12.1971 | |
| 1970 | 232 | 14.12.1971 | 232 | 14.12.1971 | |
| | | | 11 | 17.01.1973 | |
| | | | 48 | 09.03.1973 | |
| 1971 | 11 | 17.01.1973 | 11 | 17.01.1973 | |
| 1972 | 22 | 01.02.1974 | 22 | 01.02.1974 | |
| 1973 | 3 | 07.01.1975 | 3 | 07.01.1975 | |
| | | | 67 | 10.04.1975 | |
| | | | 90 | 17.05.1975 | |
| 1974 | 221 | 28.11.1975 | 221 | 28.11.1975 | |
| | | | 33 | 18.02.1976 | |
| 1975 | 217 | 16.11.1976 | 217 | 16.11.1976 | |
| | | | 238 | 17.12.1976 | |
| | | | 28 | 10.02.1977 | |
| 1976 | 219 | 24.11.1977 | 219 | 24.11.1977 | |
| | | | 31 | 14.02.1978 | |
| 1977 | 219 | 21.11.1978 | 219 | 21.11.1978 | |
| 1978 | 218 | 20.11.1979 | 218 | 20.11.1979 | |
| | | | 30 | 13.02.1980 | |
| 1979 | 215 | 15.11.1980 | 215 | 15.11.1980 | |
| 1980 | 227 | 04.12.1981 | 227 | 04.12.1981 | |
| | | | 22 | 03.02.1982 | |
| 1981 | 206 | 04.11.1982 | 206 | 04.11.1982 | |
| 1982 | 213 | 12.11.1983 | 213 | 12.11.1983 | |

| | Bundestagsdrucksache | | Bundestagsdrucksache | | Bundestagsdrucksache | |
|------|-------------------------|------------|-------------------------|------------|-------------------------|------------|
| | Nr. | Datum | Nr. | Datum | Nr. | Datum |
| 1983 | 10/2172 | 23.10.1984 | 10/2172 | 23.10.1984 | 10/3235 | 23.04.1985 |
| | 10/2366 | 14.11.1984 | 10/2724 | 14.01.1985 | | |
| 1984 | 10/4104 | 28.10.1985 | 10/4104 | 28.10.1985 | 10/5091 | 26.02.1986 |
| | | | 10/4626 | 08.01.1986 | | |
| 1985 | 10/6194 | 16.10.1986 | 10/6194 | 16.10.1986 | 10/6820 | 06.02.1987 |
| | | | 10/6803 | 22.01.1987 | | |
| 1986 | 11/977 | 16.10.1987 | 11/977 | 16.10.1987 | 11/2007 | 14.03.1988 |
| | | | 11/1660 | 18.01.1988 | | |
| 1987 | 11/3315 | 14.11.1988 | 11/3315 | 14.11.1988 | 11/4814 | 16.06.1989 |
| | | | 11/3883 | 20.01.1989 | | |
| 1988 | 11/5993 | 07.12.1989 | 11/5993 | 07.12.1989 | 11/6885 | 05.04.1990 |
| | | | 11/6303 | 24.01.1990 | | |
| 1989 | 11/8130 | 07.12.1990 | 11/8130 | 07.12.1990 | 12/1100 | 02.09.1991 |
| | | | 12/72 | 06.02.1991 | | |
| 1990 | 12/2165 | 26.02.1992 | 12/2165 | 26.02.1992 | 12/3113 | 30.07.1992 |
| 1991 | 12/3950 | 04.12.1992 | 12/3950 | 04.12.1992 | 12/5575 | 19.08.1993 |
| | | | 12/4475 | 04.03.1993 | | |
| 1992 | 12/6140 | 11.11.1993 | 12/6140 | 11.11.1993 | 13/140 | 21.12.1994 |
| | | | 12/6863 | 14.02.1994 | | |
| 1993 | 13/145 | 22.12.1994 | 13/145 | 22.12.1994 | 13/4503 | 30.04.1996 |
| | | | 13/588 | 05.04.1995 | | |
| 1994 | 13/3390 | 21.12.1995 | 13/4163 | 20.03.1996 | 13/8888 | 29.10.1997 |

| Jahr | Rechenschaftsberichte | | | | Berichte über die Rechenschaftsberichte | |
|------|-------------------------|-----------------------------|---------------------------------------|------------|---|--------------------------|
| | Bundestags-Parteien | | Sonstige Parteien | | | |
| | Bundestagsdrucksache | | Bundestagsdrucksache | | Bundestagsdrucksache | |
| | Nr. | Datum | Nr. | Datum | Nr. | Datum |
| 1995 | 13/6472 | 10.12.1996 ¹⁾ | 13/7785 | 02.06.1997 | 13/8888 | 29.10.1997 |
| 1996 | 13/8923 | 04.11.1997 ¹⁾ | 13/10074 | 06.03.1998 | 14/4747 | 21.11.2000 |
| 1997 | 14/246 | 23.12.1998 ¹⁾ | 14/703 | 22.03.1999 | 14/4747 | 21.11.2000 |
| 1998 | 14/2508 | 14.01.2000 ^{1) 2)} | 14/3535 | 29.05.2000 | 14/4747 | 21.11.2000 |
| 1999 | 14/5050 | 15.12.2000 ³⁾ | 14/5725 | 30.03.2001 | 14/7979 | 10.01.2002 |
| 2000 | 14/8022 | 22.01.2002 ³⁾ | 14/8836 | 22.04.2002 | 15/255 | 19.12.2002 ⁴⁾ |
| 2001 | 15/700 | 20.03.2003 ¹⁾ | 15/2750 | 25.03.2004 | 15/6010 | 06.10.2005 ⁴⁾ |
| 2002 | 15/2800 | 25.03.2004 ⁵⁾ | 15/4630 | 10.01.2005 | 15/6010 | 06.10.2005 ⁴⁾ |
| 2003 | 15/5550 | 13.05.2005 | 15/5551 ⁶⁾ | 13.05.2005 | 15/6010 | 06.10.2005 ⁴⁾ |
| | | | 16/1252 ⁷⁾ | 19.04.2006 | | |
| 2004 | 16/1270 | 28.04.2006 | 16/1271 ⁶⁾ | 28.04.2006 | | |
| | | | 16/2890 ⁷⁾ | 06.10.2006 | | |
| 2005 | 16/5090 | 23.04.2007 | 16/5230 ⁷⁾ | 03.05.2007 | | |
| | | | 16/6240 | 23.08.2007 | | |

- ¹⁾ Der mit dieser BT-Drs. veröffentlichte Rechenschaftsbericht der FDP ist hinsichtlich der Angaben des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen und des Bundesverbandes teilweise (§ 23a Abs. 5, 6 PartG) berichtigt und als BT-Drs. 15/2799 vom 25. März 2004 veröffentlicht worden.
- ²⁾ Eine Neufassung des mit dieser BT-Drs. veröffentlichten Rechenschaftsberichtes der CDU für 1998 ist gemeinsam mit den Rechenschaftsberichten der Parteien für das Kalenderjahr 1999 bekannt gemacht worden (BT-Drs. 14/5050 vom 15. Dezember 2000).
- ³⁾ Eine Neufassung des mit dieser BT-Drs. veröffentlichten Rechenschaftsberichtes der FDP ist gemeinsam mit den Rechenschaftsberichten der Parteien für das Kalenderjahr 2001 bekannt gemacht worden (BT-Drs. 15/700 vom 20. März 2003). Diese Neufassung ihrerseits ist hinsichtlich der Angaben des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen und des Bundesverbandes erneut berichtigt worden. Diese teilweise Berichtigung ist als BT-Drs. 15/2799 vom 25. März 2004 veröffentlicht worden.
- ⁴⁾ Vergleichende Kurzübersichten gemäß § 23 Abs. 4 Satz 1 PartG über die Einnahmen und Ausgaben sowie über die Vermögensverhältnisse der Parteien.
- ⁵⁾ Eine Neufassung des mit dieser BT-Drs. veröffentlichten Rechenschaftsberichtes der CDU für 2002 ist gemeinsam mit den Rechenschaftsberichten der Parteien für das Kalenderjahr 2003 bekannt gemacht worden (BT-Drs. 15/5550 vom 13. Mai 2005).
- ⁶⁾ Mit dieser Drucksache werden die Rechenschaftsberichte der übrigen in den Genuss der staatlichen kommenden aber nicht im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien verteilt.
- ⁷⁾ Mit dieser Drucksache wurden die Rechenschaftsberichte der sonstigen Parteien verteilt, die ihrer Rechnungslegungspflicht nachgekommen sind, obwohl sie die Anspruchsvoraussetzungen für die staatliche Finanzierung nicht erfüllt haben.

Bezug von Bundesanzeiger und Bundestagsdrucksachen über:

Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon: 02 21 / 9 76 68 - 2 00

Bundestagsdrucksachen können zudem im Volltext aus dem Internet wie folgt heruntergeladen werden:

bis einschl. 13. Wahlperiode unter der Adresse http://www.parlamentsspiegel.de/Webmaster/Dokumente/bund_parlamentspapiere.htm
und ab der 14. Wahlperiode unter <http://dip.bundestag.de/parfors/parfors.htm>

Stand: 28. Januar 2008

Fundstellenverzeichnis
über die zeitnahe Veröffentlichung von Spenden,
die im Einzelfall die Höhe von 50.000 € übersteigen seit dem 1. Juli 2002

| Anzeige-Monat | Bundestags-Drucksache | | Anzeige-Monat | Bundestags-Drucksache | | Anzeige-Monat | Bundestags-Drucksache | |
|---------------|---|------------|---------------|------------------------------|------------------------|---------------|-------------------------|-------------------------|
| | Nr. | Datum | | Nr. | Datum | | Nr. | Datum |
| 2002 | | | 2003 | | | 2004 | | |
| Januar | | | Januar | 15/525 | 07.03.2003 | Januar | 15/2530 | 16.02.2004 |
| Februar | Die Pflicht zur zeitnahen Veröffentlichung von Spenden, die im Einzelfall die Höhe von 50.000 € übersteigen, als Bundestagsdrucksache wurde mit Änderung des Parteiengesetzes ab 01.07.2002 neu eingeführt. | | Februar | 15/600 | 19.03.2003 | Februar | 15/2784 | 25.03.2004 |
| März | | | März | 15/876 (neu) | (April 2003) | März | 15/2955 | 21.04.2004 |
| April | | | April | 15/876 (neu) | (April 2003) | April | 15/2955 | 21.04.2004 |
| | | | | | 15/989 | 16.05.2003 | | 15/3166 |
| Mai | | | Mai | 15/1172 | 16.06.2003 | Mai | 15/3166 | 19.05.2004 |
| Juni | | | Juni | . | | Juni | 15/3448 | 30.06.2004 |
| Juli | 14/9861 | 14.08.2002 | Juli | 15/1483 | 18.08.2003 | Juli | 15/3627 | 23.07.2004 |
| August | 14/9954 | 11.09.2002 | August | 15/1558 | 23.09.2003 | August | 15/3662 | 26.08.2004 |
| September | 14/10004 | 17.10.2002 | September | . | | September | 15/4283 | 25.11.2004 |
| Oktober | . | | Oktober | . | | Oktober | 15/4283 | 25.11.2004 |
| November | 15/191 | 17.12.2002 | November | . | | November | . | |
| Dezember | 15/525 | 07.03.2003 | Dezember | 15/2404 | 28.01.2004 | Dezember | 15/4603 | 29.12.2004 |
| | | | | | | Dezember | 15/4603 | 29.12.2004 |
| | | | | | | | 15/4685 | 20.01.2005 |
| 2005 | | | 2006 | | | 2007 | | |
| Januar | 15/4988 | 01.03.2005 | Januar | . | | Januar | . | |
| Februar | 15/5142 | 17.03.2005 | Februar | 16/1021 | 22.03.2006 | Februar | 16/4829 | 26.03.2007 |
| März | . | | März | 16/1021 | 22.03.2006 | März | 16/5094 | 24.04.2007 |
| April | 15/5803 | 21.06.2005 | April | 16/1488 | 15.05.2006 | April | . | |
| Mai | 15/5803 | 21.06.2005 | Mai | 16/1812 | 14.06.2006 | Mai | 16/5722 | 20.06.2007 |
| Juni | 15/5935 | 22.07.2005 | Juni | 16/2279 | 20.07.2006 | Juni | 16/6060 | 11.07.2007 |
| Juli | 15/5953 | 11.08.2005 | Juli | 16/2440 | 23.08.2006 | Juli | 16/6264 | 22.08.2007 |
| August | 15/5988 | 09.09.2005 | August | 16/2905 | 11.10.2006 | August | 16/6381 | 18.09.2007 |
| September | 15/6011 | 10.10.2005 | September | 16/2905 | 11.10.2006 | September | . | |
| Oktober | 16/63 | 11.11.2005 | Oktober | 16/3555 | 23.11.2006 | Oktober | 16/7118 | 14.11.2007 |
| November | 16/155 | 09.12.2005 | November | 16/3799 | 12.12.2006 | November | 16/7800 | 18.01.2008 |
| Dezember | . | | Dezember | 16/4104 | 19.01.2007 | Dezember | 16/7800 | 18.01.2008 |

Die Bundestagsdrucksachen können im Volltext aus dem Internet wie folgt heruntergeladen werden: <http://dip.bundestag.de/parfors/parfor>: